

Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0457/2011
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport	27.09.2011	zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt

Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 12.07.2011- öffentlicher Teil -

Inhalt der Mitteilung

Zu Top A6 – Richtlinien Kommunale Bildungslandschaft Teil 2 (Tagesbetreuung / Sozialpädagogische Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsmaßnahmen Sek. I) (0180/2011)

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14.07.2011 hat

- Herr Waldschmidt für die SPD-Fraktion die Umsetzung des Standards II beantragt,
- Herr Santillán für die Fraktion DIE LINKE./BfBB die Umsetzung von Standard III beantragt,
- Frau Lehnert um Zustimmung zu der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport gebeten.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat zunächst über den Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB, den Ausbau der Sozialpädagogischen Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsmaßnahmen in Form des Betreuungsstandards III umzusetzen, abgestimmt.

Für den Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB haben Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BfBB gestimmt. Mit den Gegenstimmen der übrigen Ausschussmitglieder und des Bürgermeisters ist der Antrag **mehrheitlich abgelehnt** worden.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss über den Antrag der SPD-Fraktion, den Aus-

bau der Sozialpädagogischen Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsmaßnahmen in Form des Betreuungsstandards II umzusetzen, abgestimmt.

Für den Antrag der SPD-Fraktion haben SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE./BfBB und KIDitiative gestimmt. Mit den Gegenstimmen der übrigen Ausschussmitglieder und des Bürgermeisters ist der Antrag **mehrheitlich abgelehnt** worden.

Zuletzt hat der Haupt- und Finanzausschuss über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport zu dem Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat **mehrheitlich** mit den Stimmen von CDU, FDP und Bürgermeister gegen die Stimmen der übrigen Ausschussmitglieder bei einer Enthaltung aus den Reihen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN **beschlossen**, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Ausbau der Sozialpädagogischen Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsmaßnahmen wird in Form des Betreuungsstandards I mit folgenden Änderungen ab dem Schuljahr 2011/2012 umgesetzt und die erforderlichen Haushaltsmittel werden bereitgestellt: Die bereit zu stellenden Mittel werden von jährlich 70.000,- EUR um 10.000,- EUR auf 80.000,- EUR erhöht. Neben der pauschalen Bezuschussung wird ab dem 51. Kind ein zusätzlicher jährlicher Betrag in Höhe von 100,- EUR pro Kind gewährt – wobei die Gesamtförderung den Betrag von 80.000,- EUR nicht übersteigen darf. Die Integrierte Gesamtschule Paffrath (IGP) wird in diese Förderung nicht einbezogen.

In der Sitzung des Rates am 19.07.2011 hat

- Frau Kreft für die SPD-Fraktion die Umsetzung des Ausbaus der Sozialpädagogischen Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsmaßnahmen in Form des Betreuungsstandards II, Variante 2, beantragt,
- Herr Santillán für die Fraktion DIE LINKE./BfBB die Umsetzung des Ausbaus der Sozialpädagogischen Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsmaßnahmen in Form des Betreuungsstandards III, beantragt,
- Herr Schütz sich für die Fraktion KIDitiative dem Antrag der SPD-Fraktion angeschlossen,
- Frau Lehnert um Zustimmung zu der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport, die auf einen entsprechenden Antrag der CDU-Fraktion zurückgehe, gebeten,

Der Rat hat zunächst über den am weitesten gehenden Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB, den Ausbau der Sozialpädagogischen Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsmaßnahmen in Form des Betreuungsstandards III umzusetzen, abgestimmt.

Für den Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB haben die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die Fraktion DIE LINKE./BfBB, die Fraktion KIDitiative sowie einige Ratsmitglieder aus den Reihen der SPD-Fraktion gestimmt. Mit den Gegenstimmen der übrigen Ratsmitglieder und des Bürgermeisters ist der Antrag bei einigen Enthaltungen aus den Reihen der SPD-Fraktion **mehrheitlich abgelehnt** worden.

Sodann hat der Rat über den Antrag der SPD-Fraktion (dem sich die Fraktion KIDitiative angeschlossen hat), den Ausbau der Sozialpädagogischen Bildungs-, Betreuungs- und Erzie-

hungsmaßnahmen in Form des Betreuungsstandards II, Variante 2 umzusetzen, abgestimmt.

Für den Antrag der SPD-Fraktion haben die SPD-Fraktion, die Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die Fraktion DIE LINKE./BfBB, die Fraktion KIDitiative sowie ein Ratsmitglied aus den Reihen der Fraktion Freie Wähler gestimmt. Mit den Gegenstimmen der übrigen Ratsmitglieder und des Bürgermeisters ist der Antrag **mehrheitlich abgelehnt** worden.

Zuletzt hat der Rat über den Beschlussvorschlag in der Fassung der Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses abgestimmt.

Der Rat ist mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und des Bürgermeisters gegen die Stimmen der übrigen Mitglieder des Rates bei einigen Enthaltungen aus den Reihen der SPD-Fraktion der Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses gefolgt.

Zu diesen Richtlinien liegt dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport die Vorlage 0450/2011 – Weiterentwicklung der Sozialpädagogischen Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsmaßnahmen (SBBE) – Verwendung der zusätzlichen Mittel vor.

Zu Top A 9 - Übertragung der Trägerschaft für das Bergische Museum für Bergbau, Handwerk und Gewerbe in Bensberg auf den Förder-/Trägerverein – Umsetzung der HSK-Maßnahme 4.450.4 (0260/2011)

Herr Dr. Fischer beantragt in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14.07.2011 die Vertagung der Beratungen und den Beschluss eines Verhandlungsauftrages an die Verwaltung mit dem Ziel der Erreichung weiterer Einsparungen.

Für den Antrag der FDP-Fraktion zur Vertagung der Beratungen und des Beschlusses eines Verhandlungsauftrages an die Verwaltung mit dem Ziel der Erreichung weiterer Einsparungen haben die FDP und zwei Ausschussmitglieder aus den Reihen der SPD gestimmt. Mit den Gegenstimmen der übrigen Ausschussmitglieder und des Bürgermeisters ist der Antrag bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der **SPD mehrheitlich abgelehnt** worden.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat dann **mehrheitlich** gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der KIDitiative beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die HSK-Maßnahme 4.450.4 wird umgesetzt. Die Verwaltung wird ermächtigt, den vorgelegten Trägerschaftsvertrag abzuschließen.

Der Rat ist in seiner Sitzung am 19.07.2011 einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion sowie einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und zwei Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE./BfBB der Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses gefolgt.

Zu TOP A10 – Annahme einer Schenkung (0335/2011)

Der Rat hat in seiner Sitzung am 19.07.2011 **einstimmig** folgenden Beschluss gefasst:

Die Schenkung des Ehepaars Welle, Paderborn von drei Werken des Künstlers Matthias Kunkler wird angenommen. Ihnen soll der herzliche Dank der Stadt übermittelt werden.

Dem Ehepaar Welle wurde der Dank der Stadt bereits übermittelt.

Zu TOP A12 – Richtlinien für die Vermietung von Räumlichkeiten in der Städtischen Galerie Villa Zanders (0255/2011)

Herr Dr. Miede hat in der Sitzung des Rates am 19.07.2011 für die SPD-Fraktion beantragt, den folgenden Satz in § 1 Absatz 2 der neuen Richtlinien aufzunehmen, so wie es auch die Verwaltung in dem der Vorlage beiliegenden Richtlinienentwurf vorgeschlagen habe:
„Grundsätzlich ausgeschlossen sind Verkaufsausstellungen, Werbeveranstaltungen, extremistische Veranstaltungen, von Dritten organisierte Kunstausstellungen und Konzerte mit vorwiegend kommerzieller Zielsetzung.“

Herr Urbach hat darauf hingewiesen, Grundlage der Beschlussfassung des Rates sei die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport, der unter anderem eine Streichung des bezeichneten Satzes empfohlen habe.

Herr Santillán hat unter Bezugnahme auf einen Antrag der SPD-Fraktion aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport beantragt, dass bezüglich der in § 2 Absatz 1 der Richtlinien geregelten Zusammensetzung des Beirates ein weiteres Beiratsmitglied nicht wie vorgeschlagen durch den Bürgermeister, sondern durch den Rat benannt werden solle. Er hat um separate Abstimmung über diesen Punkt gebeten.

Herr Mönkes hat sich gegen den Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB ausgesprochen. Der Beirat sei ein Schlichtungsgremium für strittige Fälle bezüglich des Abschlusses von Mietverträgen, das aus Verwaltungsmitgliedern bestehen solle.

Der Rat hat zunächst über den Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB abgestimmt.

Für den Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB haben die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE./BfBB, die Fraktion Freie Wähler und die Fraktion KIDinitiative gestimmt. Mit den Gegenstimmen der übrigen Ratsmitglieder und des Bürgermeisters ist der Antrag **mehrheitlich abgelehnt** worden.

Sodann hat der Rat über den Antrag der SPD-Fraktion abgestimmt.

Für den Antrag der SPD-Fraktion haben die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die Fraktion KIDinitiative und ein Ratsmitglied aus den Reihen der Fraktion Freie Wähler gestimmt. Mit den Gegenstimmen der übrigen Ratsmitglieder und des Bürgermeisters

ist der Antrag bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion Freie Wähler **mehrheitlich abgelehnt** worden.

Zuletzt hat der Rat über den Beschlussvorschlag in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport abgestimmt.

Der Rat hat **mehrheitlich** gegen eine Stimme aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung der Fraktion Freie Wähler und der Fraktion KIDitiative sowie einigen Enthaltungen aus den Reihen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss gefasst**:

Die Richtlinien für die Vermietung von Räumlichkeiten in der Städtischen Galerie Villa Zanders werden in der entsprechend Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport wie folgt geänderten Fassung beschlossen:

§ 1 Absatz 2 letzter Satz wird ersatzlos gestrichen.

Das Wort „professionellen“ in § 4 Absatz 4 Satz 2 wird ersatzlos gestrichen.

Die Richtlinien und die Entgeltordnung sind im Ortsrecht im Anhang unter XXXI eingetragen.

Zu TOP A13 – Entgeltordnung für die Vermietung von Räumlichkeiten in der Städtischen Galerie Villa Zanders (0256/2011)

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 14.07.2011 **mehrheitlich** gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Die Entgeltordnung für die Vermietung von Räumlichkeiten in der Städtischen Galerie Villa Zanders wird beschlossen.

Der Rat hat in seiner Sitzung am 19.07.2011 **mehrheitlich** gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE./BfBB sowie gegen einige Stimmen aus den Reihen der SPD-Fraktion bei einigen Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden Beschluss gefasst:

Die Entgeltordnung für die Vermietung von Räumlichkeiten in der Städtischen Galerie Villa Zanders wird beschlossen.

Die Richtlinien und die Entgeltordnung sind im Ortsrecht im Anhang unter XXXI eingetragen.

Zu TOP A14 - Übertragung der Trägerschaft für das Schulmuseum Katterbach auf den Förderverein Umsetzung der HSK-Maßnahme 4.450.5 (0258/2011)

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 14.07.2011 **einstimmig** beschlos-

sen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die HSK Maßnahme 4.450.4 wird umgesetzt. Die Verwaltung wird ermächtigt, den vorgelegten Trägerschaftsvertrag abzuschließen.

Der Rat ist bei seiner Sitzung am 19.07.2011 einstimmig bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und zwei Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE./BfBB der Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses gefolgt.

Zu TOP A16 – Annahme einer Schenkung für das Stadtarchiv

Der Rat hat in seiner Sitzung am 19.07.2011 **einstimmig** folgenden Beschluss gefasst:

Der Annahme der Schenkung für das Stadtarchiv wird zugestimmt.

Die Unterzeichnung des Schenkungsvertrages findet am 19. September 2011 statt.

Zu Top A17 - HSK-Maßnahme 4.410.4 – Streichung Theaterzuschuss an Bergischen Löwen (0353/2011)

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung 14.07.2011 **mehrheitlich** gegen die Stimmen von SPD und DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung der FDP beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die HSK-Maßnahme 4.410.4 – Streichung Theaterzuschuss an Bergischen Löwen / Kürzung des Zuschusses um 10 % ab 01.07.2011 – wird aufgehoben. Der Vertrag vom 02.06.2009 wird fristgerecht gekündigt.

Herr Dr. Fischer hat den Bürgermeister in der Sitzung des Rates am 19.07.2011 gebeten, mit den Gesellschaftern über eine zumindest teilweise Umsetzung der HSK-Maßnahme zu verhandeln.

Herr Urbach antwortet, dies werde aufgegriffen.

Der Rat hat **einstimmig** bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der FDP-Fraktion, zwei Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE./BfBB und einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion KIDitiative folgenden Beschluss gefasst:

Die HSK-Maßnahme 4.410.4 – Streichung Theaterzuschuss an Bergischen Löwen/Kürzung des Zuschusses um 10% ab 01.07.2011 – wird aufgehoben. Der Vertrag vom 02.06.2009 wird fristgerecht gekündigt.

Der Vertrag zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH wurde am 25.08.2011 zum nächstmöglichen Termin gekündigt.

Zu TOP A18 - Maßnahmebeschluss zum „Kunstrasenprojekt“ des SC 27 an der Saaler Mühle (0360/2011)

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 14.07.2011 **einstimmig** bei Enthaltung von DIE LINKE./ BfBB beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

1. Der Rat stimmt dem Antrag des SC 27 zum Bau eines in eigener Verantwortung finanzierten Kunstrasenplatzes an der Saaler Mühle vorbehaltlich der grundsätzlichen Zustimmung der Kommunalaufsicht zu.
2. Er beauftragt die Verwaltung, mit dem Verein einen entsprechenden Nutzungsüberlassungsvertrag zu schließen.
3. Sofern und soweit die angefragte „bankübliche Besicherung“ des Förder-Kredits erforderlich wird, wird der Bürgermeister ermächtigt, zu Gunsten der dem SC 27 kreditgebenden Bank eine Grundbucheintragung zu Lasten des städtischen Sportplatz- Grundstücks eintragen zu lassen.

Der Rat ist in seiner Sitzung am 19.07.2011 mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung der Fraktion Freie Wähler und drei Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN der Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses gefolgt.

Der Nutzungsüberlassungsvertrag wurde zwischenzeitlich seitens der Stadt unterzeichnet und dem Verein zugesandt.